

Viele Fragen liegen noch im Dunst des Müllofens

Sondersitzung des Rates / Informationen durch Fachleute eingeholt / Meßwerte abwarten

Herten-Kreis. Die Welt ist in Hochlarmark nicht zu Ende. Dieser Meinung waren durch die Bank alle Ratsvertreter Dienstag nachmittag, als sie über die geplante Müllverbrennungsanlage (MVA) in Herten Süd diskutierten. Die möglichen Belästigungen, die in Recklinghausen, Stadtteil zu erwarten sind, standen als einziger Punkt auf der Tagesordnung. Vertreter des für den Bau zuständigen Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk waren als Gesprächspartner ebenso erschienen wie Sprecher der Bezirksregierung Münster und des Düsseldorfer Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Hochlarmark, um die Eingangsbemerkung zu belegen, ist nicht der einzige Stadtteil Recklinghausens, dessen Bewohner von der geplanten Verbrennungsanlage betroffen sein dürften. Bei Südwestwinden, und die gibt es dort häufiger, ist mehr oder weniger die gesamte Stadt belastet. Dem, so die Parlamentarier, gelte es rechtzeitig vorzubeugen.

Industrie und dichte Besiedlung bringen Müll mit sich. Und der muß auch weg. Dieser Meinung, von Oberbürgermeister Erich Wolfram eingangs treffend geschildert, sind die Stadtverordneten natürlich auch. Trotzdem gab es eine Fülle von bohrenden Fragen an die Adresse des SVR, aber auch an die zuständigen Aufsichtsbehörden. Den Reigen der Fragesteller eröffnete SPD-Ratsherr und Landrat Helmut Marmulla. Als oberster Kreispolitiker bezog er natürlich auch andere Städte außer Recklinghausen in die Gruppe derer mit ein, denen daran gelegen ist, möglichst

rechtzeitig und ausreichend informiert zu sein über das, was auf sie zukommt. Marmulla jedoch, selbst Hochlarmarker, verwies schließlich auf die außergewöhnlichen Belastungen, denen das Straßennetz in Hochlarmark ausgesetzt sein werde. Immerhin steuern nach dem Bau Hunderte von Lkw die Anlage im Emischerbruch jeden Tag an. Seine Frage, ob kleinere Anlagen nicht möglicherweise kostengünstiger sind, wurde vom Geschäftsführer der Zentraldeponie Emischerbruch, Peter von Wickersen, entschieden verneint.

Die Politiker aus unserem Raum werden sich künftig überhaupt die Frage stellen müssen, was ihnen denn lieber ist: die Müllverbrennungsanlage, aus der in der zweiten Ausbaustufe ein Rohstoff-Rückgewinnungszentrum entstehen soll oder arbeitsintensivere Betriebe, die sich eines Tages im Emischerbruch ansiedeln könnten. FDP-Fraktionschef und Finanzfachmann Lothar Soldat sah alles wieder ein-

mal von der wirtschaftlichen Seite: Verbrennungskosten seien weitaus höher als die für eine Mülldeponie.

20 Millionen Tonnen Schadstoffe, weist eine Untersuchung der Hertenener Jungsozialisten aus, werden bei einer möglichen Verbrennungsanlage in Herten Süd im Laufe eines Jahres in die Luft gepustet. Landtagsabgeordneter Helmut Pardon zitierte diese Zahl aus einer Stellungnahme der Jusos aus der Nachbarstadt. Und einen anderen Fakt brachte er in Erinnerung: Der Straßentransport werde später durch Bergarbeitersiedlungen geleitet. Wegen der Wechselschichten der Kumpel müsse tagsüber die Sicherstellung von Ruhe aber gewährleistet sein.

In Hochlarmark gibt es bereits mehr Schmutz als notwendig, warf Fritz Piekarek von der CDU ein. Trotz aller Filter und Sicherungsmaßnahmen im Bergbau sei die hier zu beobachtende Schmutzbelastung nicht mehr hinzunehmen, geschweige denn eine verstärkte.

Wörtlich fuhr er fort: „Ich bin kein Chemiker, aber Dreck kann ich beurteilen.“

Dr. Salzmann aus dem Regierungspräsidium wiegelte schließlich ab: Eine Genehmigung zum Bau werde nur dann erteilt, wenn aufgrund von verschiedenen Gutachten eindeutig feststehe, daß Gefahren und Belästigungen ausbleiben. Das wurde von Peter von Wickersen noch erweitert: „Wenn sich herausstellt, daß unsere Meßwerte zu hoch sind, dann bauen wir eben nicht.“

Paul Ridder von der CDU war dieses Bekenntnis jedoch noch zu wenig. Er forderte, man müsse bei den Immissionsmessungen weit unter dem Höchstpegel bleiben, sonst werde man sich die Zukunft verbauen, „weil sonst niemand anders mehr hier einen Betrieb ansiedeln kann.“

Die inhaltliche Diskussion hat nun erst eingesetzt. Sie wird in den kommenden Wochen und Monaten anhalten. Heinz Neufang, Direktor des SVR, wollte ihr aber vorher schon die Spitze nehmen als er meinte: „Wir sind stärkeren Auflagen verpflichtet als jeder Privatwirtschaftler. Wir können auch nicht fordern, Höchstbelastbarkeiten auszunutzen.“

wom

Das läßt sich das Land 100 Millionen kosten:

Veraltete Mülldeponien räumen jetzt das Feld

Nur 17 im Regierungsbezirk Münster bleiben

Mit einem Kostenaufwand von mehr als 100 Millionen DM räumt das Land Nordrhein-Westfalen in absehbarer Zeit unter den mehr als bisher 70 Müllkippen im Regierungsbezirk Münster auf. Es bleiben nur 17 sogenannte Abfallbeseitigungsanlagen, die — wie Münsters Regierungspräsident Dr. Egbert Möcklinghoff in dieser Woche bei der Vorlage eines Halbjahresberichtes für 1974 unterstrich — „das ganze Land zu einem sauberen Eckchen Erde werden lassen“.

Von den am 1. Januar im Bereich des Regierungspräsidenten in Münster bestehenden 78 Müllkippen sind inzwischen zehn geschlossen worden; weitere werden bis zum 1. Januar 1975 folgen. Die Bezirksregierung vertritt die Ansicht, daß zu diesem Zeitpunkt nur noch etwa 40 übrig sind.

Für den Raum Recklinghausen von Bedeutung sind künftig Zentraldeponie Emscherbruch auf dem Gelände der stillgelegten Zeche Bismarck in Gelsenkirchen, die bereits seit einigen Jahren in Betrieb ist, sowie die neuen, teilweise erst geplanten Beseitigungsanlagen in Datteln, Marl und

Herten. Die jetzt von den Behörden angestrebte zentrale Müllbeseitigung baut auf einem Konzept des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk auf, das seinen gesetzlichen Auftrag in dem vor einem halben Jahr verkündeten Landesabfallgesetz findet. AdH



IM RAUM RECKLINGHAUSEN konzentrieren sich künftig noch fünf Abfallbeseitigungsstellen in Bottrop, Gelsenkirchen, Herten-Süd, Marl und Datteln. (WAZ-Graphik)

Bewohner in umliegenden Heimen untergebracht:

Stadt RE kritisiert Ruhrsiedlungsverband:

Müllverbrennung nicht auf Kosten der Bürger

Standort Herten ein „Schildbürgerstreich“

Die Stadt Recklinghausen lehnt die vom Ruhrsiedlungsverband (SVR) im Industriegebiet Herten-Süd geplante Müllverbrennungsanlage unter den gegebenen Verhältnissen entschieden ab. Der Rat der Stadt verabschiedete in seiner jüngsten Sitzung eine entsprechende Resolution einstimmig. Während Oberbürgermeister Erich Wolfram von einem „Schildbürgerstreich erster Ordnung“ sprach, rechnet Wirtschaftsdezernent Peter Lamberg für den Fall einer Realisierung der SVR-Pläne mit drastischen Erhöhungen der Müllabfuhrgebühren.

Der Hintergrund des Projektes, das vom Kreis bereits in die Planungen einbezogen wurde: Die Lagerkapazitäten der Zentraldeponie Emscherbruch sind in absehbarer Zeit erschöpft. Eine zentrale Müllverbrennungsanlage soll in absehbarer Zeit für die Emscherstädte einschließlich der Städte Bochum, Wattenscheid, Wit-

ten, Hattingen und Marl Ersatz schaffen.

Auf zwei Tagungen des SVR-Verbandsausschusses sprachen sich die Vertreter der Städte Bochum, RE, Herne und Wanne-Eickel jedoch gegen die „nicht abgestimmte und überstürzte Planung“ aus. Zu einer Sitzung Ende Januar sei die Stadt RE überdies noch nicht einmal eingeladen worden.

ist von einer derartigen Anlage bis zur nächsten Wohnbebauung ein Abstand von 1000 m einzuhalten.

Südwestliche Winde

Die 1000-m-Abstandsfläche überstreicht Wohngebiete in Hochlarmark wie Randzonen von Wanne-Eickel. Bei den vorherrschenden südwestlichen Winden liegt die gesamte Stadt RE leeseits der Anlage.

Hohe Betriebskosten

Die Anlage, die nach ersten Berechnungen über 100 Mill. DM kostet, soll 500 000 t Müll im Jahr verbrennen; davon kä-

men jedoch nur 34 000 t aus RE. Der Dezernent rechnet mit 40 DM Betriebskosten pro Tonne.

Lamberg stellt klar: der Sicht des Umweltschutzes ist die Anlage zu begrüßen. Das Projekt darf aber nicht auf dem Rücken der Süder Bevölkerung durchgeführt werden. Deshalb werden wir mit dem SVR erneut sprechen müssen.“

Scheff

Wohngebiete betroffen

Wirtschaftsdezernent Lamberg: „Die Verbrennungsanlage benötigt eine Fläche von

rund 200 000 Quadratmetern. Nach den Immissionsschutzrichtlinien des Innenministers

Studie des Ruhrsiedlungsverbandes

Herten der beste Standort für Müllverbrennungsanlage

Von 13 überprüften Grundstücken im Ruhrgebiet

HERTEN. Das Ergebnis ihrer Standortuntersuchung für die geplante zentrale Müllverbrennungsanlage legten in Essen die Fachleute des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk offen auf den Tisch. Danach bietet das Industriegelände in Herten-Süd unter 13 überprüften Standorten die optimale Lösung! Bei dem Gespräch in Essen handelt es sich allerdings nur um einen reinen Informationsaustausch.

Die Interessen der Stadt Herten vertraten beim Ruhrsiedlungsverband Baurat Horst Günther, Rechtsrat Pezely und der Leiter des Tiefbauamtes Hupe. Dabei ging es vor allem um Fragen der regionalen Infrastruktur. Nicht auf der Tagesordnung standen u. a. so entscheidende Fragen wie z. B. ob und unter welchen Bedingungen die Müllverbrennungsanlage von wem betrieben werden soll. Verfahren bemängelt

des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk wehrte sich auch Stadtbaurat Horst Günther. Er bemängelte, daß der Siedlungsverband zur Standortfrage keine schriftlichen Unterlagen über die Methode bei der Untersuchung vorgelegt hatte. Baurat Günther im WAZ-Gespräch: „Es fehlen alle vernünftigen Unterlagen.“

Deshalb empfahlen die Vertreter der am Gespräch in Essen beteiligten Städte — u. a. Kreis

Eickel, Herne, Bochum und Hattingen — weitere vorgeschlagene Standorte zu untersuchen.

Der Siedlungsverband hatte in seiner Untersuchung vor allem die Verkehrssituation, die Nähe zu den Wohngebieten, die Immissionsvorbelastung und die Frage des Grundstückes berücksichtigt. Dabei schnitt das Gelände in Herten-Süd als optimalste Lösung für den Standort der Müllverbrennungsanlage ab.

● Nach der Studienfahrt des Rates: 16.8.73

Bedenken der Jusos nicht ausgeräumt

Mülltransport bleibt der strittige Punkt

HERTEN. Auch nach der Informationsfahrt der Stadtverordneten und der Mitglieder des Stadtwerke-Werksausschusses nach Offenbach und Genf sind die Bedenken der Jungsozialisten des SPD-Ortsvereins Herten-Mitte nicht ausgeräumt. Die Jusos hörten am Mittwochabend in der Gaststätte Gasber einen ausführlichen und detaillierten Bericht der SPD-Stadtverordneten und Ex-Juso-Chefin Helga Mensch.

Nach der Diskussion stand fest, daß zahlreiche strittige Punkte die Jungsozialisten weiterhin in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der geplanten Müllverbrennungsanlage in Herten-Süd bekräftigen werden.

Mülltransport strittig

Obwohl nach der Besichtigungsfahrt in Sachen Umwelt-

schutz durch Müllverbrennung manche Bedenken entkräftet wurden, blieb für die Jusos ein strittiger Punkt nach wie vor bestehen: der Mülltransport von Marl zur Verbrennungsanlage. Die Jusos befürchten, daß wie beim Bergetransport wieder private Subunternehmer mit dem Transport beauftragt würden und daher eine Kontrolle unmöglich wird.

Resümee der Juso-Sitzung:

die Jungsozialisten in Herten-Mitte werden ihre Recherchen fortsetzen, die Informationen der Studienfahrt auswerten und dann nach Information der Bürger ihre gemeinsame Haltung gegen die Planung artikulieren. Geplant wurde schon jetzt eine Bürgerversammlung zum Thema Müllverbrennung und Industrieansiedlung im Hertener Süden.

Aktion mit Genossen aus RE, WAN und GE:

Jusos planen große Kampagne gegen den Riesen-Müll-Ofen

Idee einer Juso-Zeitung ist schon gestorben

HERTEN. Selbst durch die Fernsehübertragung des Fußball-Länderspiels nicht abhalten ließen sich am Dienstagabend 20 Jungsozialisten der Arbeitsgemeinschaft Herten-Mitte. Neben der konkreten Vorbereitung des kommenden Halbjahresprogramms standen if „Jägerhof“ unter anderem die Berichte aus den kommunalpolitischen Programmkommissionen sowie inhaltliche und personelle Fragen zum künftigen SPD-Stadtverband auf der Tagesordnung.

Die Jungsozialisten, die durch eigene Beiträge an der Erstellung des SPD-Programms beteiligt sind, werden in Kürze ihre ausgearbeiteten Vorschläge zu den Bereichen Jugendpolitik, Städtebau/Verkehrspolitik/Wohnungswesen und Umweltschutz/Wirtschaftsförderung/Industrieansiedlung in die SPD-Ortsvereine und die Programmkommission der Stadtverbände einbringen.

Das geplante Projekt einer

eigenen Juso-Stadteilzeitung wurde aus Kostengründen und wegen des enormen Aufwandes aufgegeben. Dafür will der Parteinachwuchs zu gegebenen Anlässen Informationskampagnen starten und öfter mit Flugblättern an die Öffentlichkeit treten.

Zu den geplanten Aktivitäten gehören im nächsten Halbjahr eine gezielte Zusammenarbeit mit den „Falken“ in Herten-Süd, Theoriediskussio-

nen und Seminare zusammen mit dem Stadtverband. Weitere Schwerpunkte werden auf der Weiterverfolgung der Projekte Nord-Süd-Achse und Müllverbrennungsanlage liegen.

Zur Müllverbrennungsanlage planen die Jusos eine große Aktion in Zusammenarbeit mit den Jungsozialisten aus Recklinghausen, Wanne-Eickel und Gelsenkirchen.

28.2.74